

Politik | Welche Themen beschäftigen die vier Oberwalliser Vertreter im Bundesparlament?

Die Herbstsession im Rückblick



«Die Hotels sollen in der Preisgestaltung und der Wahl ihrer Vermarktungspartner frei sein»

Viola Amherd, Nationalrätin

Die meisten Beobachter meinen, dass die Landesregierung durch den Wechsel von Didier Burkhalter zu Ignazio Cassis politisch nach rechts rutschen wird. Sehen Sie das auch so?

«Das kann man nicht so generell sagen, denn es wird auf die Themen ankommen. In sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen ist Bundesrat Ignazio Cassis liberal und daher eher Mitte-links anzusiedeln. Ein Beispiel dafür ist seine Einstellung zur Drogenpolitik. Bei Wirtschafts- und Sicherheitsthemen steht er eher Mitte-rechts.»

Gemeinden sollen bei Massnahmen der KESB kein Beschwerderecht erhalten. Finden Sie das richtig?

«Ja, das ist richtig. Es bestünde sonst das Risiko, dass Gemeinden allenfalls aus finanziellen Überlegungen Massnahmen, die für eine Person und deren Eingliederung in die Gesellschaft wichtig sind, wegen der Kosten anfechten würden.»

Hotels sollen auf ihrer Webseite günstigere Tarife offerieren dürfen als auf Online-Buchungsplattformen. Ist das in Ihrem Sinne?

«Diese Flexibilität ist für die Anbieter von Beherbergungsleistungen wichtig. Sie sollen in der Preisgestaltung und in der Wahl ihrer Vermarktungspartner frei sein.»

Sie haben sich gegen die No-Billag-Initiative ins Zeug gelegt. Sollen sich elektronische Medien neben ihrem Grundauftrag auch im Online-Bereich breitmachen?

«Die Tätigkeit der Medien im Online-Bereich gehört heute zum Basisangebot. Auch für die elektronischen Medien. Deshalb müssen sie die Möglichkeit haben, dort tätig zu sein.»



«Ich erwarte von Ignazio Cassis, dass er sich für eine unabhängige Schweiz einsetzt»

Franz Ruppen, Nationalrat

Was erwarten Sie vom neuen Aussenminister Ignazio Cassis im Dossier Europa-politik?

«Ich erwarte von ihm im Vergleich zum jetzigen Aussenminister Burkhalter einen Kurswechsel. Ignazio Cassis hat in der Europafrage klare Ansagen gemacht. So hat er sich gegen ein Rahmenabkommen mit der EU ausgesprochen, lehnt fremde Richter ab und ist auch gegen die automatische Übernahme von EU-Recht. Ich erwarte also, dass er sich für eine unabhängige und souveräne Schweiz einsetzt.»

Der Nationalrat hat die RASA-Initiative klar abgelehnt. Ich nehme an, das war in Ihrem Sinn.

«Ja, ganz klar. Die RASA-Initiative will die von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungsinitiative bereits nach kurzer Zeit wieder rückgängig machen. Aus Respekt vor dem Volk und der direkten Demokratie ist die RASA-Initiative darum klar abzulehnen. Demgegenüber ist der Verfassungsartikel über die Zuwanderung endlich umzusetzen, sodass die Schweiz die Zuwanderung künftig eigenständig steuern kann.»

Bei der No-Billag-Initiative schlug die SVP einen Kompromiss von 200 Franken vor. Beides blieb chancenlos. Wie ist hier Ihre Position?

«Ich habe den Gegenvorschlag, der die Billag-Gebühren auf Fr. 200.– pro Jahr begrenzen wollte, unterstützt. Die SRG muss sich reformieren und soll da und dort auch auf Angebote verzichten, welche von Privaten erbracht werden können. Demgegenüber lehne ich die No-Billag-Initiative ab. Ganz ohne Gebühren könnten insbesondere die regionalen Radio- und Fernsehsender im Berggebiet nicht überleben.»

Der Bundesrat soll sich in seinem sicherheitspolitischen Bericht stärker auf militärische Fragen konzentrieren, die Grenzschutz bei ihren Kernaufgaben bleiben. Ist das in Ihrem Sinn?

«Der Bericht soll Auskunft geben über Sicherheitslücken und die zur Auftrags Erfüllung notwendigen Mittel, aber auch die Bedrohungen durch die Migration aufzeigen. Demgegenüber müssen der Grenzschutz die notwendigen (personellen) Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie eine ihrer Kernaufgaben, die Personenkontrolle und Verhinderung der illegalen Migration, erfüllen kann.»



«Leider hat das Berggebiet weiterhin keinen Interessenvertreter im Bundesrat»

Thomas Egger, Nationalrat

Sie haben in dieser Session erstmals eine Bundesratswahl erlebt. Was geht einem dabei durch den Kopf?

«Der Medienrummel rund um diese Wahl war extrem gross, die Wahl selber dann relativ unspektakulär. Es ist positiv, dass nun das Tessin wieder im Bundesrat vertreten ist. Leider haben wir aber weiterhin keinen Vertreter im Bundesrat, der die Anliegen der Berggebiete vertritt. Dies muss bei den nächsten Vakanzen im Bundesrat korrigiert werden.»

Sie verlangen vom Bundesrat ein Programm für zukunftsgerichtete Modellvorhaben der Grundversorgung. Was ist Ihre Zielsetzung?

«Die Schliessung beispielsweise von Dorfläden und Poststellen trifft die Bevölkerung hart. Mit meinem Vorstoss möchte ich es den Regionen und Gemeinden ermöglichen, selber proaktiv die zukünftige Ausgestaltung der Grundversorgungsleistungen für die Bevölkerung und Wirtschaft an die Hand zu nehmen, noch bevor sie mit einem Schliessungsentcheid konfrontiert sind.»

Sie verlangen in einer Motion vom Bundesrat eine eigenständige rechtliche Grundlage fürs UNESCO-Weltnaturerbe. Gab es da bisher Lücken?

«Die Schweiz verfügt aktuell über drei Weltnaturerbe, darunter das Jungfrau-Aletsch-Gebiet. Diese Gebiete haben bis jetzt in der schweizerischen Gesetzgebung keine genügende rechtliche Grundlage. Dementsprechend fehlen auf Bundesebene eine eigentliche Weltnaturerbe-Strategie und eine genügende Grundlage für die Unterstützung der vielfältigen Aktivitäten in den Weltnaturerbe-Gebieten.»

Sie kritisieren die Aufgabenverschiebung vom Bund zulasten der Kantone im Rahmen des NFA ohne Gegenleistungen. Was lässt sich dagegen tun?

«Wir werden nächstens über Reformen beim nationalen Finanzausgleich diskutieren müssen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig in Erinnerung zu rufen, dass laufend Aufgaben vom Bund zu den Kantonen verschoben und dadurch vor allem ressourcenschwache Kantone wie das Wallis belastet werden. Es darf nicht sein, dass diese Kantone noch zusätzliche Einbussen beim Finanzausgleich hinnehmen müssen.»



«Die neue Tourismus-Strategie muss sich dem Markt anpassen. Und nicht umgekehrt»

Beat Rieder, Ständerat

Der Ständerat hat der Umnutzung von Stadeln und Ställen zu Wohnzwecken ausserhalb der Bauzone zugestimmt. Welche Chancen geben Sie diesem Anliegen im Nationalrat?

«Zunächst einmal bin ich froh, dass meine Kollegen im Ständerat das Anliegen unterstützt haben und der Motion wider den Willen von Bundesrätin Doris Leuthard klar zur Mehrheit verhalfen. Die Debatte im Nationalrat dürfte heftig geführt werden. Doch die Ja-Argumente sind gut: Die kantonalen Richtlinien werden dafür sorgen, dass die Grundsätze der Raumplanung eingehalten werden.»

Jetzt soll der Schutz des Wolfes im Jagdgesetz geregelt werden. Wie stehen Sie dazu?

«Für die Mehrheit des Ständerates war die Bejagung des Wolfes gemäss einer Walliser Ständesinitiative kein Thema. Der Ständerat will aber, dass der Schutzstatus des Wolfes von «streng geschützt» auf «geschützt» gesenkt wird. Wie der Wolf künftig reguliert wird, wird in der UREK-S schon im Oktober 2017 diskutiert. Was zuletzt debattiert wurde, ist bloss ein Vorgeschmack dessen, was bei der Revision des Jagdgesetzes ablaufen wird.»

Der Ständerat unterstützte Ihr Anliegen, eine vergleichende Studie zur Tourismusförderung in den Nachbarländern anzustellen. Zufrieden?

«Ja, sehr. Ohne Fakten fehlt die Grundlage für verbindliche Diskussionen und allfällige politische Forderungen. Ich erwarte, dass die Studie mit den Zahlen aus Deutschland, Frankreich, Österreich und Italien neben den direkten Förderungen auch indirekte Aspekte wie Steuern und Ausbildung offenlegt. Der Bundesrat will demnächst die neue Tourismus-Strategie festlegen. Diese Strategie muss sich dem Markt anpassen. Und nicht umgekehrt.»

Beim Geldspielgesetz engagierten Sie sich für die Besteuerung von Gewinnen ab einer Million Franken. Warum?

«Weil ich im Gegensatz zum Bundesrat und zu Teilen des Parlaments der Meinung bin, dass die komplette Steuerfreiheit für Gewinne aus Lotto und Casino nicht vertretbar ist. Wir können nicht jährlich neue Sparpakete verabschieden und parallel dazu gesellschaftlich akzeptierte Steuern aufheben. Mein Vorschlag war ein Kompromiss, der die Steuerausfälle wenigstens um fast die Hälfte reduziert.»

Umfrage: Thomas Rieder